

Islam-Fortbildung für Lehrer löst politischen Streit aus

Beteiligung des Verfassungsschutzes sorgt für Kritik am Landesinstitut für Schule / Muslimische Verbände fühlen sich ausgeschlossen

VON KRISTIN HERMANN

Bremen. Selten sorgt eine Fortbildung für so viel Zündstoff wie in diesem Fall. Im Landesinstitut für Schule findet heute unter dem Namen „I love my Prophet! – Muslimisches Leben von Kindern und Jugendlichen in Bremen“ eine Schulung für pädagogische Fachkräfte statt. Ein Teil der Fortbildung wird von dem Islamwissenschaftler Hazim Fouad geleitet, der Mitarbeiter beim Landesamt für Verfassungsschutz ist. Vertreter islamischer Verbände fehlen. Die Fortbildung besteht aus Vorträgen, Diskussionen und Arbeitsgruppen, die sich zum größten Teil mit Extremismus und Salafismus befassen. In Arbeitsgruppen mit Titeln wie „Verlockender Salafismus“ oder „Islamistische Szene in Bremen“ soll ein pädagogischer Umgang mit Extremismus gefunden werden.

Kristina Vogt, Vorsitzende und bildungspolitische Sprecherin der Bremer Linksfraktion stören an der Zusammenstellung der Schulungen vor allem zwei Punkte. Zum einen habe es das Landesinstitut für Schule verpasst, eine ausgewogene Veranstaltung zu organisieren. Jugendliche würden dort in eine radikale Ecke gedrängt werden, die nur Einzelfälle betreffe. Auf die Problema-

tik sei sie von verschiedenen Lehrern aufmerksam gemacht worden, die sich an dem Aufbau der Fortbildung gestört hätten. Zweitens besitze nach ihrer Meinung das Landesamt für Verfassungsschutz keinen Bildungsauftrag. „Politische Bildung sollte keine Sache von Geheimdiensten sein“, sagt Vogt. Damit überprüft wird, was das Landesamt für Verfassungsschutz für zusätzliche Aufgaben wahrnehmen darf, hat die Linke eine kleine Anfrage an den Senat gestellt.

Rainer Gausepohl, Sprecher des Innenressorts, weiß, wie die aktuelle Rechtslage aussieht: „Laut Paragraph 4, Absatz 2 des Verfassungsschutzgesetzes steht dem Lan-



Kristina Vogt (Linke) hält die Islam-Fortbildung für unausgewogen und kritisiert die Beteiligung des Verfassungsschutzes.

FOTO: FR

desamt für Verfassungsschutz ein Informationsauftrag zu. Das heißt, dass sie die Öffentlichkeit durch eigene Maßnahmen aufklären können.“

Emine Oguz, Geschäftsführerin des islamischen Verbands Ditib in Bremen, begrüßt, dass das Landesinstitut für Schule das Thema Islam aufgreift, ist aber enttäuscht darüber, dass die islamische Gemeinschaft nicht miteinbezogen wurde. „Nachdem Mitte Januar Muslime als Religionsgemeinschaft im Bremer Staatsvertrag anerkannt wurden, haben viele von ihnen gehofft, mehr integriert zu werden“, sagt Oguz. Die Einbeziehung des Landesamtes für Verfassungsschutz störe sie da-



Ditib-Geschäftsführerin Emine Oguz bemängelt, dass die islamische Gemeinschaft bei der Planung nicht miteinbezogen wurde. FOTO: DPA

bei nicht. „Es ist allerdings ein Rückschlag, dass wir bei der Vorbereitung nicht involviert waren“, so Oguz.

Dass bei der Planung der Fortbildung nicht alles optimal gelaufen ist, räumt auch die Bremer Bildungsbehörde ein. Pressesprecherin Christina Selzer: „Wir hätten bei der Vorbereitung einige Sachen besser machen können.“ Auch wenn der etwas unglücklich gewählte Titel der Fortbildung es nicht gut widerspiegeln, stehe der Umgang mit Extremismus im Vordergrund. „Dafür ist Hazim Fouad als Islamwissenschaftler ein kompetenter Ansprechpartner“, so Selzer. Die Kritik seitens der islamischen Verbände nehme man durchaus ernst. „In Zukunft wollen wir darauf achten, die Verbände miteinzubeziehen“, sagt Selzer. Vertreter der islamischen Religionsgemeinschaft wurden gestern nachträglich als Gasthörer zur Schulung eingeladen.

Das Landesamt für Verfassungsschutz möchte sich zu der Debatte möglichst nicht äußern. Man habe sich in den vergangenen Jahren darum bemüht, Transparenz zu schaffen und verfügbares Wissen über Extremismus zur Verfügung zu stellen, so ein Mitarbeiter. Niemand solle belehrt werden, sondern man sei lediglich gebeten worden, Expertise weiterzugeben.